

# 2011 - Ausstieg trotz längerer Laufzeiten?

Wer glaubte, der Beschluss über längere Laufzeiten für AKW würde die Atomdebatte beenden, hat sich geirrt. Das machten nicht nur die über 50.000 Menschen bei der Kundgebung gegen die Castortransporte nach Gorleben und die anschließenden Aktionen im letzten November deutlich. Selbst am wenig widerstandserprobten Atommülllager Lubmin bei Greifswald stoppten AtomkraftgegnerInnen – mit tatkräftiger Unterstützung von ROBIN WOOD-AktivistInnen – erfolgreich einen Castortransport. Und mit einer Menschenkette zwischen Stuttgart und Neckarwestheim am 12. März, kurz vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, sowie großen Aktionen zum 25. Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl im April mobilisiert die Anti-Atom-Bewegung weiter. Gleichzeitig sortiert sich auch die bundesdeutsche Atomwirtschaft neu.

## BaWü steigt aus?

Spannend dürften in der Atomdebatte die Wahlen in Baden-Württemberg werden. Nachdem Noch-Ministerpräsident Mappus (CDU) mit dem Rückkauf der Anteile vom französischen Atomkonzern EDF kurz vor Weihnachten dafür gesorgt hat, dass der Atomkonzern EnBW nun wieder fast vollständig dem Land und den Kommunen gehört, erhöht sich auch der Handlungsspielraum für eine neue Landesregierung in Sachen Stilllegung von Atomkraftwerken. Je zwei AKW-Blöcke betreibt EnBW in Neckarwestheim und in Philippsburg. Vor allem der Block 1 von Neckarwestheim, aber auch der Siedewasserreaktor (Block 1) von Philippsburg könnten bei einer ausstiegswilligen neuen Landesregierung unter Stilllegungsdruck geraten.

Um diesen Druck zu verstärken, rufen Anti-Atom-Gruppen für den 12. März zu Großaktionen in Baden-Württemberg auf. Mit der fast 50 Kilometer langen Menschenkette zwischen der Landeshauptstadt und den Atommeilern in

Neckarwestheim wollen sie erreichen, dass es nach einem eventuellen Regierungswechsel nach den Landtagswahlen am 27. März auch tatsächlich zu Stilllegungen kommt.

Spannend dürfte allerdings auch sein, wie sich eine Wahlniederlage der CDU im Stammland Baden-Württemberg in der Bundespolitik auswirken wird. Denn die Bundesregierung würde im Bundesrat weiter an Boden verlieren und damit die Regierungspolitik in jedem Fall erschweren. Kompromisse gegenüber Grünen und SPD auch im Bund wären dann erforderlich.

## Vattenfall gibt auf – Brunsbüttel bleibt abgeschaltet?

Der schwedische Staatskonzern Vattenfall steht trotz hoher Gewinne enorm unter Druck. Nach den Störfällen im Sommer 2007 stehen die AKWs Brunsbüttel und Krümmel still. Weil Vattenfall die Öffentlichkeit und sogar die Aufsichtsbehörden nicht richtig informierte, erlitt der Konzern einen schweren Imageverlust und verlor über

250.000 KundInnen. In Schweden wurde der Atombereich von Vattenfall nach zahlreichen Schlapereien unter besondere staatliche Aufsicht gestellt und im Land der Elche stört man sich immer mehr an dem dreckigen Deutschlandgeschäft mit der besonders klimaschädlichen Braunkohle und verlangt eine Neuausrichtung des Konzerns. Die ist nun in vollem Gange: Vattenfall wird sich wohl in den nächsten Monaten aus dem operativen Atomgeschäft zurückziehen und die Führung für die AKWs Krümmel und Brunsbüttel an E.on übertragen. Ob auch die Eigentumsverhältnisse neu geordnet werden, bleibt abzuwarten. Das AKW Brunsbüttel gehört Vattenfall zu Zweidrittel und E.on zu einem Drittel. Krümmel teilen sich beide je zur Hälfte und an Brokdorf, das federführend von E.on betrieben wird, ist Vattenfall mit 20 Prozent beteiligt. Vattenfall wird dann zwar weiterhin am Atomstrom verdienen, aber keine aktive Rolle mehr spielen.

Diesen Vorgang kann man getrost auch als Eingeständnis der Unfähigkeit von Vattenfall zum Betrieb der AKWs verstehen. Denn die Pannen bei Vattenfall

*Anti-Atom-Gruppen rufen für den 12. März zu einer 50 Kilometer langen Menschenkette zwischen Stuttgart und Neckarwestheim auf*



Foto: argus/Schröder



Foto: Rainer Lutter

### Gorleben auf explosivem Grund

reißen nicht ab: So scheitert die für Januar angekündigte Wiederinbetriebnahme des AKW Brunsbüttel daran, dass es keine Kraftwerksleitung gibt. Die dafür vorgesehene Person scheiterte im Dezember bei den erforderlichen Fachkunde-Prüfungen. Peinlicher kann es kaum noch kommen.

All dies löst Spekulationen aus, ob möglicherweise das AKW Brunsbüttel damit vor dem Aus steht. Denn das nur rund 700 MW große AKW gehört mit seiner Vielzahl von Störfällen auch zu den unwirtschaftlichsten Atomkraftwerken. Beides könnte dazu führen, dass E.on sich dafür entscheidet, Brunsbüttel gar nicht erst wieder in Betrieb zu nehmen und die Reststrommengen auf das AKW Brokdorf zu übertragen. Dafür würde E.on sogar die Unterstützung der schwarz-gelben Landesregierung in Schleswig-Holstein finden, die im Koalitionsvertrag diese Strommengenübertragung von älteren auf neuere AKWs ausdrücklich fordert.

Verstärkt werden diese Spekulationen durch ein Rechtsgutachten der Grünen Landtagsfraktion. Das kommt zum Ergebnis, dass die Betriebsgenehmigung für das AKW Brunsbüttel aufgrund der langen Stillstandszeit erloschen und daher eine Inbetriebnahme rechtlich gar nicht möglich ist. Eine Frage, die vermutlich demnächst Verwaltungsgerichte klären werden.

### Gorleben unter Druck

Auch die Endlagersuche im Salzstock Gorleben wird 2011 immer problematischer. Nicht nur weil die Arbeit des Parlama-

rischen Untersuchungsausschuss (PUA) immer deutlicher zeigt, dass es für die Auswahl von Gorleben als Standort für die Endlagerung hochradioaktiver Atomabfälle niemals wissenschaftlich ernstzunehmende geologische Voraussetzungen gegeben hat. Weil dies auch Fachleuten aus den zuständigen Behörden aufgefallen war und diese daher dringend die Erkundung auch anderer Standorte als Gorleben forderten, griff kurzerhand die Politik ein und sorgte dafür, dass der Salzstock in Gorleben ohne Alternative blieb. In einem ersten Zwischenbericht der Grünen Bundestagsfraktion über die Ergebnisse des PUA Gorleben heißt es: „Danach besteht kein Zweifel mehr daran, dass Vertreter der zuständigen Bundesministerien im Jahr 1983 den Wissenschaftlern der Physikalisch Technischen Bundesanstalt (PTB) die Weisung erteilten, ihr Gutachten so zu verändern, dass es den politischen Vorgaben entsprach: Ihre Empfehlung, weitere Standorte zu untersuchen, musste gestrichen werden.“

Von großer Bedeutung sind aber auch die jetzt bekanntgewordenen Gasfelder, die sich am und unter dem Salzstock von Gorleben befinden und die offenbar von den Behörden bis heute zielstrebig verschwiegen worden sind. Schon 1969 hatte die damalige DDR versucht diese Felder zur Gasgewinnung zu erschließen, wobei es zu einer schweren Explosion mit Toten kam. Auch beim späteren Abteufen der Erkundungsschächte für das Endlager ist man immer wieder auf Gaseinschlüsse gestoßen. Im Bericht der

Grünen heißt es dazu: „Nachdem auch in der zweiten Schachtvorbohrung und einer weiteren Tiefbohrung mehrfach Gas angetroffen wurde, stoppte man – nach Warnung durch das zuständige Bergamt Celle – die Schachtvorbohrungen oberhalb der geplanten Tiefe von 1000 Metern. Das Bergamt Celle befürchtete, dass bei erneutem Antreffen von Gas eine Abdichtung kaum möglich sein werde.“ Anders ausgedrückt: Die Betreiber hatten Sorge, dass ihnen Gorleben um die Ohren fliegt, so wie Jahre zuvor den DDR-Behörden.

Vor diesem Hintergrund verdichten sich die Gründe immer mehr, dass Gorleben für ein Atommülllager für hochradioaktive Abfälle nicht in Frage kommt.

### Tschernobyl ist überall

Vor dem Hintergrund einer laufenden Atomdebatte jährt sich im April 2011 zum 25. Mal die Atomkatastrophe von Tschernobyl. Noch immer sind weite Teile der Umgebung von Tschernobyl hochgradig verstrahlt und Sperrgebiet. Der Sarkophag, der damals in aller Eile über den brennenden Reaktor errichtet wurde, zerbröselte und muss ersetzt werden. Bis zu 100.000 Menschen sind an den Folgen der größten Reaktorkatastrophe bis heute gestorben und immer noch erkrankten Menschen an den Spätfolgen der enormen Verstrahlung. Vielen Menschen werden angesichts dieses Jahrestages abermals die unverantwortlichen Gefahren der Atomenergie in Erinnerung gerufen bekommen.

Die Anti-Atom-Bewegung ruft bundesweit zu Aktionen an den 12 Atomkraftwerksstandorten und den vier (geplanten) Atommüllendlagern auf. Am Ostermontag, dem 25. April, sollen dann überall in der Republik große Demonstrationen und Aktionen für den Atomausstieg stattfinden. Schon jetzt haben sich an vielen Standorten die ersten regionalen Bündnisse zusammen gefunden.

*Dirk Seifert, ROBIN WOOD*

*Über die geplanten Aktionen der Anti-Atom-Bewegung für 2011 erfahren sie mehr unter [www.robinwood.de/energie](http://www.robinwood.de/energie)*